

4. Zusammenfassung

Zum einen stellt die Unklarheit bezüglich der Messung landes- und bundespolitischer Einflüsse ein generelles Problem der Individualdatenanalyse dar. Obwohl etliche Variablen in den umfangreichen Datensätzen zu Landtagswahlen vorhanden sind, ist eine Trennung der beiden Einflussfaktoren schwierig. Durch die Konsistenz der Bewertungsobjekte, also der Parteien, und der Verbindungen zwischen beiden Ebenen, die sich oft in Kandidaten manifestieren, ist es wahrscheinlich, dass auch die Wähler weder kognitiv noch evaluativ strikt zwischen beiden Ebenen trennen (können). Dies erschwert eine Messung des Einflusses von Bundespolitik auf Landtagswahlen. Zum anderen lässt sich voraussagen, dass hierdurch bei allen Landtagswahlen sowohl landes- als auch bundespolitische Einflüsse eine Rolle spielen. Es geht also weniger darum, die Existenz beider Einflussfaktoren zu beweisen, als vielmehr um die Voraussage ihres relativen Gewichts. Hierfür müssen Kontextbedingungen identifiziert werden, die den Einfluss der Faktoren stärken oder schwächen.

In Niedersachsen stellt die Landespolitik einen wichtigen Einflussfaktor dar. Wenn sich den Wählern auf der landespolitischen Ebene jedoch keine klaren Entscheidungskriterien anbieten, sei es durch Große Koalitionen oder durch ähnlich beliebte Spitzenkandidaten, erleichtert die Beachtung der bundespolitischen Ebene es, zu einer Entscheidung zu gelangen. Dieser Befund eines explorativen Vorgehens stellt zunächst ein nicht zu verallgemeinerndes Ergebnis dar, kann jedoch den Ausgangspunkt für die Identifizierung relevanter Kontextbedingungen und die Überprüfung ihrer Wirkung bei Landtagswahlen in allen 16 Bundesländern bilden.

Hamburger Bürgerschaftswahlen 1978 bis 2004: Rückenwind oder Stimmungstief durch bundespolitische Einflüsse?

Roland Abold

In regelmäßiger Folge erregen Hamburger Bürgerschaftswahlen eine Aufmerksamkeit, die weit über die Landesgrenzen des Stadtstaates hinausgeht. Dazu trägt nicht zuletzt die Tatsache bei, dass es mit vier vorgezogenen Neuwahlen seit Anfang der 1980er Jahre in keinem anderen Bundesland so häufig zu einem vorzeitigen Ende der Legislaturperiode gekommen ist wie in Hamburg. Die Wahl von 1991 wurde zudem in einem bisher einmaligen Vorgang nachträglich vom Landesverfassungsgericht für ungültig erklärt. 2001 kam erstmals in der Nachkriegsgeschichte mit der Schill-Partei eine Partei, die gerade gut ein Jahr existierte, aus dem Stand auf fast 20 Prozent der Stimmen. Ein weiterer politischer Paukenschlag war der Stimmengewinn der CDU bei der darauf folgenden Bürgerschaftswahl des Jahres 2004.¹

1 Vgl. Patrick Horst, Die Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 29. Februar 2004: die Hanseaten und Angela Merkel finden einen politischen Hoffnungsträger, in: ZParl, 35. Jg. (2004), H. 2, S. 252 ff.

Mit exakt 21 Prozentpunkten handelte es sich dabei um den größten Zuwachs, den eine Partei in Deutschland bei Wahlen zu Landesparlamenten bis zu diesem Zeitpunkt erringen konnte.

Ohne Zweifel lassen sich diese Ereignisse als Symptome einer Entwicklung auffassen, die ungeachtet ihrer Bedeutung für die Politik in Hamburg auch in Zusammenhang mit einem veränderten Stellenwert der Bundespolitik für das Wahlverhalten der Hansestädter in Verbindung gebracht werden kann. Um diese Vermutung empirisch zu untermauern, stehen längerfristige Trends im Mittelpunkt dieses Beitrages, wobei insbesondere der Einfluss des bundespolitischen Kontexts auf das Verhalten bei Bürgerschaftswahlen beleuchtet werden soll.

In der Vergangenheit wurde in Hamburg wie in anderen Ländern auch immer wieder die Bundespolitik als Erklärungsfaktor für ein spezifisches Wahlergebnis herangezogen. Die Wahl zur Bürgerschaft des Jahres 1976 wird beispielsweise als Zwischenwahl in der Mitte der Legislaturperiode im Bund interpretiert und das gute Abschneiden der Union im SPD-dominierten Hamburg als Oppositionseffekt eingestuft.² Für eine derartige Herangehensweise sprechen die föderalen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland, die nahe legen, das Wahlverhalten in den Ländern nicht unabhängig von der Bundesebene zu betrachten.³

Generell weisen Stadtstaaten im Vergleich zu Flächenstaaten eine geringere bundespolitische Durchdringung auf, da sie als Kommunen stark von lokalen Themen geprägt sind. Auch die 44 Jahre währende Regierungszeit der Sozialdemokraten dürfte in diesem Zusammenhang zu einem „natürlichen Platzvorteil“ für die SPD geführt haben, der eine Absetzung von der Bundesebene erleichterte. Hinsichtlich systemischer Rahmenbedingungen ist auch das Hamburger Wahlrecht zu nennen, das mit einer reinen Listenwahl ohne Wahlkreiskandidaten operiert und ein Stimmensplitting damit nicht möglich ist. Für das Verhältnis von Bundes- und Landespolitik ist dieser Faktor insofern von Bedeutung, als er eine landesspezifische Ausdifferenzierung des politischen Marktes unter Umständen erschwert.⁴

Zudem sind wie in anderen Ländern auch im Falle der Hansestadt einmalige Ereignisse und Faktoren zu beachten, die in der Vergangenheit zu einer zeitlich begrenzten landespolitischen Prägung des Wahlverhaltens geführt haben könnten. So waren die großen Stimmenverluste der CDU bei der Bürgerschaftswahl 1993 vor allem auf die parteiinternen Querelen des Landesverbandes, ausgelöst durch das Urteil des Hamburger Verfassungsgerichtes, rückführbar. Allerdings entfalten derartige Faktoren meist eine nur kurzfristige Wirkung, die in den darauf folgenden Abstimmungen wieder zu einer Normalisierung der Stimmenanteile führt (so auch 1997 in Hamburg). Insgesamt deuten die landespolitischen Gegebenheiten damit auf eine vergleichsweise moderate bundespolitische Durchdringung des Wahlverhaltens bei Bürgerschaftswahlen hin, die sich im Rahmen der vermuteten Regionalisierungstendenzen (Stichwort „Schill-Partei“) nochmals verringert haben könnte.

Die bisher in diesem Themengebiet durchgeführten empirischen Arbeiten basieren auf Aggregatanalysen zum Einfluss der Kräftekonstellation auf der Bundesebene. Letztlich lässt

2 Vgl. Frank Decker / Julia von Blumenthal, Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl, 32. Jg. (2002), H. 1, S. 148.

3 Für eine theoretische Betrachtung des Bundeseinflusses auf Landtagswahlen vgl. den Beitrag von Oscar W. Gabriel und Everhard Holtmann in diesem Heft der ZParl.

4 Im Zuge eines Volksentscheides wurde das Wahlrecht der Hansestadt Hamburg im Juni 2004 geändert. Das neue Wahlrecht wird jedoch erst künftig angewendet und hat daher für die vorliegende Analyse keine Bedeutung. Vgl. Frank Decker, Parlamentarische Demokratie versus Volksgesetzgebung. Der Streit um ein neues Wahlrecht in Hamburg, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 118 ff.

sich die Frage nach der Bedeutung von bundespolitischen Motiven jedoch nur auf Ebene der einzelnen Wähler klären. Daher werden im Folgenden nach einem kurzen Abriss der Hamburger Wahlgeschichte bundes- und landespolitische Faktoren im Zeitverlauf betrachtet. In einem zweiten Schritt kann deren Bedeutung für das Wahlverhalten der Hansestädter untersucht und so die Entwicklung der relativen Bedeutung von Bundes- und Landesebene dokumentiert und analysiert werden.

1. Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in Hamburg 1978 bis 2004

Ausgangspunkt für die Betrachtungen sind die Urnengänge zwischen 1978 und 2004⁵, da hierfür vergleichbare Individualdaten der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) vorliegen.⁶ Insgesamt fanden in diesem Zeitraum zehn Wahlen statt, was im Vergleich mit den übrigen alten Bundesländern eine sehr hohe Anzahl bedeutet. Die parteispezifische Zusammensetzung der Landesregierungen seit 1946 weist Hamburg als überwiegend sozialdemokratisch regiertes Bundesland aus. Die Wahlen in der Hansestadt brachten von 1946 bis 1953 sowie von 1957 bis 2001 von der SPD geführte Senate hervor. Lediglich zwischen 1953 und 1957 regierte eine bürgerliche Koalition aus CDU, FDP und Deutscher Partei unter dem CDU-Politiker *Kurt Sieveking*, und seit 2001 führen wieder Christdemokraten die Regierungsgeschäfte in Hamburg.

Bei der Bürgerschaftswahl von 1978 konnte die SPD ihre zwischenzeitlich verlorene absolute Mehrheit zurückgewinnen. Mit ihrem Spitzenkandidaten und amtierenden Bürgermeister *Hans-Ulrich Klose* errang die Partei mehr als 51 Prozent der Stimmen. Die CDU büßte drei Prozentpunkte ein, und auch die FDP verlor über sechs Prozentpunkte, was sie erstmals unter die Fünf-Prozent-Sperrklausel fallen ließ. Ein Novum der Wahl 1978 war die Beteiligung der Bunten Liste, die über vier Prozent der Stimmen erreichte.

Bei der darauf folgenden Bürgerschaftswahl von 1982 gelang es der „Grün-Alternativen Liste“ (GAL) erstmals, mit neun Sitzen in die Bürgerschaft einzuziehen. Hamburg mit einer großen Anzahl junger, hoch gebildeter und politisch interessierter Bürger erwies sich dabei als gutes Terrain für diese Partei. Die Probleme der sozial-liberalen Koalition auf Bundesebene und das Abwerben von Wählern durch die GAL führten bei der SPD zu einem erheblichen Stimmenverlust von über acht Prozentpunkten. Parallel zu ihrem bundesweiten Stimmungshoch konnte die CDU in Hamburg einen Zuwachs von knapp sechs Punkten verzeichnen und wurde damit erstmals stärkste Partei. Die FDP, die ohne klare Koalitionsaussage in den Wahlkampf eingezogen war, scheiterte abermals an der Sperrklausel.

Im Dezember 1982 kam es nur sechs Monate nach der vorherigen Bürgerschaftswahl zu einer Neuwahl, da die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und GAL ergebnislos gescheitert waren. Hier konnte die Hamburger SPD parallel zum positiven Bündestrend deutlich an Stimmen gewinnen, was ihr mit 51 Prozent wiederum zur absoluten Mehrheit

- 5 Für einen knappen Überblick über die gesamte Geschichte der Hamburger Nachkriegspolitik siehe *Manfred Asendorf*, Wege zur Demokratie. 75 Jahre demokratisch gewählte Bürgerschaft, hrsg. von der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1994, S. 73 – 78. Vgl. auch die jeweiligen Wahlanalysen in der ZParl.
- 6 Für nähere Informationen zum Datensatz vgl. den Beitrag von *Evelyn Brislinger* in diesem Heft der ZParl.

verhalf. Die CDU verlor knapp fünf Punkte, wohingegen sich die GAL stabil mit sieben Prozent in der Bürgerschaft halten konnte. Die FDP fiel auf einen Stimmenanteil von gut zweieinhalb Prozent zurück.

Bei der Bürgerschaftswahl 1986 kam es zu einer ähnlichen Folge der Ereignisse wie bereits 1982. Gestärkt durch gute bundespolitische Rahmenbedingungen konnte die CDU drei Prozentpunkte an Stimmen hinzugewinnen und damit zum zweiten Mal stärkste Partei in Hamburg werden. Die hohen Einbußen der Hamburger SPD von über neun Punkten gingen einher mit einer schlecht bewerteten Oppositionsarbeit der Bundes-SPD und einem offensichtlichen Wählerverlust an die GAL. Mit einer stabilen Kernwählerschaft und parallel zur Debatte über die Kernenergie nach Tschernobyl erlangte die GAL ihr erstes zweistelliges Ergebnis von knapp über zehn Prozent. Die FDP gewann zwar deutlich an Stimmen hinzu, verpasste jedoch zum vierten Mal in Folge den Einzug in die Bürgerschaft.

Im Mai des darauf folgenden Jahres 1987 folgte eine neue Wahl. Wiederum war es in Gesprächen von SPD und CDU sowie SPD und Grünen/GAL nicht gelungen, eine Koalition zu bilden. Allerdings gelang es den Sozialdemokraten trotz eines Stimmenplus von drei Punkten diesmal nicht, ihren Einbruch der vorangegangenen Wahl wieder auszugleichen. Die Grünen verloren im Vergleich zur Wahl 1986 drei Prozentpunkte. Mit einem leichten Verlust von eineinhalb Prozentpunkten verfehlte die CDU ihr Ziel, Regierungspartei zu werden, blieb aber über 40 Prozent. Die FDP profitierte hingegen von CDU-Wählern, die durch ihren Wechsel auf eine regierungsfähige Koalition hofften, und konnte zum ersten Mal seit 1978 wieder in die Bürgerschaft einziehen, um damit Juniorpartner in einer Koalition mit der SPD zu werden.

Die Popularität des Spitzenkandidaten und amtierenden Bürgermeisters *Henning Voscherau*, die Entschärfung der wirtschaftlichen Probleme, insbesondere der Arbeitslosigkeit, sowie die guten Stimmungswerte der Bundes-SPD und die Wahlsiege der SPD in Hessen und Rheinland-Pfalz erzeugten das Umfeld, in dem die Sozialdemokraten 1991 wieder zu einer absoluten Mehrheit gelangten. Die CDU verlor in dieser bundes- und landespolitischen Konstellation über fünf Punkte. Hierzu trug auch die große Anzahl von 13 Splitterparteien bei. Den Grünen/GAL wurden im Vorfeld keine guten Chancen ausgerechnet, da sich der äußerst linke Flügel abgespalten hatte und als „Alternative Liste Hamburg“ kandidierte. Dennoch blieb das Ergebnis der Grünen im Vergleich zu 1987 nahezu unverändert. Die Freidemokraten übersprangen knapp die Fünf-Prozent-Hürde.

1993 kam es abermals zu vorgezogenen Neuwahlen. Das Verfassungsgericht hatte die letzte Wahl für ungültig erklärt, da die Auswahl der CDU-Kandidaten von 1991 undemokratisch verlaufen war. Schon im Vorfeld bewerteten die Bürger die etablierten Parteien äußerst schlecht, und der Unmut manifestierte sich auch im Wahlergebnis. SPD und CDU verloren entsprechend massiv an Wählerstimmen. Gleches galt für die FDP, die wieder an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterte. Profiteure des Protests gegen die etablierten Parteien waren auf der linken Seite des Parteienspektrums die Grünen/GAL, die ihre Sitzzahl in der Bürgerschaft um zehn erhöhen konnten. Auf der rechten Seite erreichten die Republikaner 4,8 Prozent. Den Einzug in die Bürgerschaft schaffte die neu gegründete STATT-Partei, die sich als Sammelbecken für den bürgerlichen Protest positionierte, dabei aus dem Stand 5,6 Prozent erreichte und in eine Koalition mit der SPD eintrat.

Nach der Protestwahl von 1993 normalisierte sich die politische Lage 1997. Die CDU, der gute Oppositionsarbeit sowie Kompetenz beim wichtigen Thema „Innere Sicherheit“ zugeschrieben wurde, gewann mit ihrem populären Kandidaten *Ole von Beust* über fünf

Prozentpunkte hinzu. Hier konnte sich die SPD offensichtlich nicht profilieren und erlitt einen weiteren deutlichen Stimmenrückgang. Die Grünen/GAL konnten trotz bundesweit positiver Stimmung und der hohen Verluste der SPD, die sich sonst immer zu Gunsten der grünen Partei auswirkten, nur einen marginalen Gewinn verzeichnen. Deutlicher fiel dieser bei der rechtsextremen DVU aus, die mit 4,97 Prozent nur sehr knapp den Einzug in das Landesparlament verfehlte. Die FDP verlor Stimmen und scheiterte wiederum an der Fünf-Prozent-Hürde. Da Protestwähler wieder zu ihren ursprünglichen Parteien zurückkehrten und innerparteiliche Probleme dem Ansehen der Partei schadeten, fiel auch die Überraschung der letzten Wahl, die STATT-Partei, unter die Sperrklausel.

Das dominierende Wahlkampfthema der Bürgerschaftswahl 2001 war wiederum die „Innere Sicherheit“. Diese Tatsache trug dazu bei, dass die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (Schill-Partei) aus dem Stand fast 20 Prozent schaffte und dadurch die Hamburger Parteienlandschaft erheblich veränderte. Dem ehemaligen Amtsrichter *Ronald Schill* gelang es mit seiner gezielten Kampagne, Sicherheit, Kriminalität und Ausländer zu Topthemen zu machen und sich und seine Partei als lösungskompetent zu positionieren. Im Ergebnis stellte der so genannte Bürgerblock (CDU, Schill-Partei und FDP) die erste nicht SPD-geführte Landesregierung seit 44 Jahren. Während die CDU im Vergleich zur vorangegangenen Wahl deutlich an Stimmen verlor, blieb der Anteil der SPD relativ unverändert. Die Grünen verzeichneten ein deutliches Minus von über fünf Punkten, da sich 1999 ein Teil der Partei als „Wählervereinigung Regenbogen/Für eine neue Linke“ abgespalten hatte.

Nach zweieinhalb Jahren Regierungsarbeit des „Bürgerblocks“ zerbrach die Koalition nach politischen und auch persönlichen Auseinandersetzungen zwischen *Ole von Beust* und *Ronald Schill*. Die Neuwahl 2004 brachte für die CDU den bereits eingangs erwähnten spektakulären Zugewinn von 21 Prozentpunkten. Mit einem Wahlkampf, ausgerichtet auf den weiterhin populären Amtsinhaber *von Beust*, dem Vertrauen der Bürger in den wichtigen Bereichen Arbeit und Wirtschaft und als Auffangbecken der Stimmen ehemaliger Schill-Partei-Wähler gelang es den Christdemokraten, die absolute Mehrheit der Stimmen zu gewinnen. Die SPD erzielte mit 30 Prozent ihr bisher schlechtestes Ergebnis der Nachkriegsgeschichte. Auch die FDP rutschte nach ihrer Regierungsbeteiligung wieder unter die Fünf-Prozent-Marke. Die Grünen/GAL verbesserten sich um etwa vier Prozentpunkte. *Schill*, der mit seiner neuen Partei „Pro Deutsche Mitte“ antrat, konnte wie auch die ursprüngliche „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ keine größere Zahl von Wählern an sich binden. So schnell wie sie bei der letzten Wahl aufgetaucht waren, verschwanden beide Parteien mit drei beziehungsweise einem halben Prozent wieder von der politischen Bühne Hamburgs.

2. Ebenenspezifische Faktoren bei Hamburger Bürgerschaftswahlen

Bevor ausgewählte landes- und bundespolitische Faktoren der individuellen Wahlentscheidung dargestellt werden, soll mit der Parteibindung in Anlehnung an das sozialpsychologische Modell⁷ eine langfristige affektive politische Orientierung über die Zeit hinweg betrachtet werden. Als allgemeines politisches Orientierungssystem hat die Parteineigung eine

7 Vgl. dazu den Beitrag von *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl.

herausragende Bedeutung für das Wahlverhalten, kann dabei allerdings weder eindeutig auf der Bundes- noch auf der Landesebene verortet werden.

Wie bereits die Stimmenanteile weist auch die Verteilung der parteigebundenen Wähler Hamburg bis 2001 als eindeutig sozialdemokratisch dominiertes Bundesland aus (tabellarisch nicht ausgewiesen). Jeweils etwa ein Drittel der Hansestädter gab zwischen 1978 und 2001 an, stark bis mittelstark mit der SPD verbunden zu sein. Der Anteil der Anhänger der CDU schwankt je nach Wahl um 20 Prozent. Obwohl im Zeitverlauf teils starke Schwankungen zu beobachten sind, ergibt sich mit Ausnahme der Wahlen vom Dezember 1982 und 1987 ein deutliches Übergewicht der sozialdemokratisch gebundenen Wähler von zehn Prozentpunkten.

Erst im Vorfeld der Wahl 2004 änderte sich dieses Bild. Drei Jahre nach dem Regierungswechsel in Hamburg gab nur noch ein Viertel der Bürger an, stark oder mittelstark mit der SPD verbunden zu sein. Ein gleich hoher Prozentsatz fühlte sich eher der CDU zugeneigt, womit die sozialdemokratische Dominanz auch auf Ebene der Parteibindungen verschwunden ist.

Die kleineren Parteien konnten in Hamburg zwischen 1978 und 2004 kaum auf eine stabile Unterstützerschaft bauen. Die FDP kam bei der Wahl 1978 mit gut fünf Prozent gebundenen Wählern auf ihren höchsten Wert, den sie in den folgenden Wahlen bei weitem nicht mehr erreichte. Die Grünen konnten 1982 mit ihrem ersten Einzug in die Bürgerschaft eine stabile Anhängerschaft von etwa fünf Prozent der Wähler gewinnen und über die Wahlen halten. Bei den Urnengängen der jüngeren Vergangenheit hat sich ihr Anteil an den parteigebundenen Wählern auf acht (1997) beziehungsweise elf Prozent (2004) erhöht.

Bei der Bewertung der Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien in Hamburg tritt auch zwischen 1978 und 2001 ein deutlicher Vorteil für die SPD zu Tage (vgl. Tabelle 1). Über alle Wählergruppen hinweg weisen die Kandidaten der Sozialdemokraten deutlich höhere Sympathiewerte auf als ihre Herausforderer von der CDU. Unterteilt man die Hamburger Wähler nach ihrer Parteibindung, ergibt sich das zu erwartende Bild, wonach der Spitzenkandidat der „eigenen Partei“ im Mittel deutlich besser bewertet wird als der Kandidat der anderen Partei. Für die Anhänger der kleineren politischen Kräfte in Hamburg spiegelt der Verlauf der Bewertungen zu einem großen Teil die Koalitionskonstellationen in der Hansestadt wider. So bewerteten die FDP-Anhänger 1991 *Henning Voscherau* (SPD) deutlich besser als *Hartmut Perschau* (CDU), da in der vorangegangenen Wahlperiode eine SPD/FDP-Koalition regiert hatte. Gleiches gilt 2001 für die Anhänger der Grünen, die den SPD-Kandidaten *Ortwin Runde* als erheblich sympathischer einstuften als seinen Herausforderer *Ole von Beust*.

Allerdings nähern sich über den gesamten Betrachtungszeitraum die Bewertungen der Kandidaten beider Volksparteien an. Trennen 1978 beide Herausforderer über alle Wähler hinweg noch über 2,5 Skalenpunkte, hat sich dieser Abstand bis 1997 auf knapp 0,7 Punkte verringert. Dieser Trend lässt sich, wenngleich in deutlich abgeschwächter Form, auch für die Anhänger der verschiedenen Parteien beobachten.

Ab 2001 wendete sich die politische Stimmung im Gesamtelektorat zugunsten des CDU-Kandidaten, indem mit *von Beust* erstmals ein Herausforderer etwas höhere Sympathiewerte aufwies als der SPD-Amtsinhaber. Trotz der starken Polarisierung der Einstellungen zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien gelang es dem CDU-Kandidaten offenbar gut, sich bei den Hamburger Wählern als Nachfolger von *Voscherau* zu präsentie-

Tabelle 1: Bewertung der Spitzenkandidaten für Hamburger Bürgerschaftswahlen von SPD und CDU, 1978 bis 2004 (Mittelwerte)

	alle Befragten	CDU- Anhänger	SPD- Anhänger	FDP- Anhänger	Grünen- Anhänger
1978: <i>Hans-Ulrich Klose</i> (SPD)	2,03	-0,44	3,66	2,32	-
<i>Erik Blumenfeld</i> (CDU)	-0,55	3,19	-2,21	-1,32	-
1982: (Juni) <i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD)	1,37	0,11	3,02	1,61	-0,55
<i>Walther Leisler Kiep</i> (CDU)	0,82	3,26	-0,34	-0,13	-3,29
1982: (Dezember) <i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD)	1,57	-0,61	3,42	0,79	1,02
<i>Walther Leisler Kiep</i> (CDU)	0,61	3,48	-0,91	0,11	-2,78
1986: <i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD)	1,60	-0,30	3,24	1,36	0,24
<i>Hartmut Perschau</i> (CDU)	-0,07	2,63	-1,42	0,77	-3,43
1987: <i>Klaus von Dohnanyi</i> (SPD)	1,41	-0,35	3,20	1,20	-0,49
<i>Hartmut Perschau</i> (CDU)	0,50	3,44	-1,08	1,84	-3,50
1991: <i>Henning Voscherau</i> (SPD)	1,76	0,88	2,79	1,29	0,05
<i>Hartmut Perschau</i> (CDU)	0,59	2,76	-0,29	0,83	-2,29
1993: <i>Henning Voscherau</i> (SPD)	1,19	0,31	2,68	1,40	0,35
<i>Dirk Fischer</i> (CDU)	0,38	1,94	-0,02	0,05	-1,30
1997: <i>Henning Voscherau</i> (SPD)	1,67	0,78	3,02	1,03	0,77
<i>Ole von Beust</i> (CDU)	0,99	2,54	0,34	1,82	-1,05
2001: <i>Otwin Runde</i> (SPD)	1,01	-0,55	2,49	0,03	1,48
<i>Ole von Beust</i> (CDU)	1,14	2,84	0,37	0,63	-0,72
2004: <i>Thomas Mirow</i> (SPD)	0,76	-0,47	2,22	-1,28	1,48
<i>Ole von Beust</i> (CDU)	1,95	3,71	1,29	2,64	0,07

Skala: (-5) „halte überhaupt nichts von ihm“ bis (+5) „halte sehr viel von ihm“.

Quelle: Daten der Forschungsgruppe Wahlen im ZA Köln.

ren. Das Ende der 44-jährigen Regierungsperiode der SPD zeichnete sich damit auf Ebene der Kandidatenbewertung deutlich ab.

Da die Datenbasis zur Themenorientierung der Wähler sehr heterogen ist, soll im Folgenden die Bewertung der Regierungen als zusammenfassender Indikator betrachtet werden.⁸ Dabei stehen Daten zum Hamburger Senat für den gesamten Betrachtungszeitraum von 1978 bis 2004 zur Verfügung, während die Einstellungen zur Bundesregierung erst ab 1991 vorliegen (vgl. Tabelle 2).

8 Vgl. zur Begründung dieser Operationalisierung den Beitrag von *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl.

<i>Tabelle 2: Bewertung der Bundesregierung und des Hamburger Senats durch die Hamburger Wähler, 1978 bis 2004 (Mittelwerte)</i>					
	alle Befragten	CDU- Anhänger	SPD- Anhänger	FDP- Anhänger	Grünen- Anhänger
Land 1978	1,02	-1,60	2,74	1,83	-
Land 1982 (Juni)	-0,11	-2,03	1,63	0,05	-1,47
Land 1982 (Dezember)	0,44	-2,02	2,53	-0,37	-0,77
Land 1986	0,48	-2,03	2,52	-0,37	-0,18
Bund 1991	0,07	2,62	-1,03	1,27	-2,76
Land 1991	0,72	-0,60	2,01	0,56	-0,11
Bund 1993	-0,87	1,85	-1,69	0,39	-3,01
Land 1993	-0,04	-1,30	1,52	0,06	-0,42
Bund 1997	-1,25	0,96	-2,24	0,37	-2,77
Land 1997	0,07	-1,30	1,87	-0,14	1,30
Bund 2001	1,14	0,55	2,33	1,72	1,81
Land 2001	0,31	1,30	1,87	-0,14	1,30
Bund 2004	-0,62	-2,15	0,71	-2,84	1,00
Land 2004	-0,50	1,66	-1,44	0,47	-3,03

Skala: (-5) „vollständig unzufrieden“ bis (+5) „voll und ganz zufrieden“.
Quelle: Daten der Forschungsgruppe Wahlen im ZA Köln.

Bei der Bewertung der Landesregierung zeigt sich ein erster Negativausschlag im Vorfeld der Wahl vom Juni 1982, der vor allem auf einen Sympathieverlust des Senats bei den Anhängern der Regierungsparteien SPD und FDP zurückzuführen ist. Nach der missglückten Regierungsbildung und einer Ankündigung von Neuwahlen im Dezember 1982 waren es insbesondere die Anhänger der Sozialdemokraten, die mit ihrer gestiegenen Sympathie zu einer knapp positiven Gesamtbewertung der Landesregierung beitrugen. Dieses Bild bleibt bis zur darauf folgenden Wahl 1986 weitestgehend unverändert.

Für die Bundesregierung ist ab 1991 ein deutlicher Sympathieverlust in den drei Wahlen festzustellen, die während der Ära *Helmut Kohls* und der damaligen Koalition aus Union und FDP stattgefunden haben. Die Wahl 2001 markiert hier als erster Urnengang nach dem Regierungswechsel in Berlin eine Zäsur, indem die mittlere Bewertung der Bundesregierung durch die Hamburger Wahlberechtigten deutlich positiver ausfällt als noch vier Jahre zuvor. Bemerkenswert ist hier der positive mittlere Zufriedenheitswert mit der Berliner Koalition über alle Anhängergruppen hinweg. Allerdings wird die Berliner Koalition bei der darauf folgenden Wahl 2004 im Mittel wiederum negativ eingeschätzt.

Die Bewertung der Landesregierung folgt ab 1991 keinen vergleichbaren Trends, sondern bewegt sich für das Gesamtelektorat in allen Betrachtungszeitpunkten relativ nahe um die neutrale Mittelkategorie. Schlüsselt man dies nach den Parteibindungen der Befragten auf, ergibt sich weitgehend das zu erwartende Bild: Jeweils die Anhänger der Regierung auf der betrachteten Systemebene beurteilen diese positiv beziehungsweise positiver als die Anhänger der Oppositionsparteien. Dementsprechend ergeben sich auch die größten Mittelwertdifferenzen zwischen Bund und Land in jenen Fällen, in denen die Identifikationspartei unterschiedliche Rollen auf beiden Ebenen einnimmt.

Insgesamt zeigt die Entwicklung der landes- und bundespolitischen Wählereinstellungen über die Zeit hinweg erkennbare Parallelen zur Veränderung der politischen Mehrheitsverhältnisse in Hamburg. Parteibindungen, Kandidaten und allgemeine Kompetenzzuschreibungen dürften daher die individuellen Entscheidungen der Wähler in der Hansestadt deutlich beeinflussen. Ein Nachweis dieser Effekte und eine valide Abschätzung des relativen Einflusses der Bundes- und Landespolitik auf das Wahlverhalten kann jedoch nur über eine kombinierte (multivariate) Analyse von Einstellungen und Verhalten erreicht werden.

3. Landes- versus Bundespolitik: Was bestimmt das Wahlverhalten?

Befragt man die Hamburger direkt nach den Motiven für ihre Wahlentscheidung, erhält man ein eindeutiges Ergebnis: 1978 bekundeten über 55 Prozent der Befragten, vor allem aufgrund landespolitischer Motive ihre Stimme abzugeben. Bei den Erhebungen im Rahmen der beiden Wahlen 1982 fällt dieser Anteil mit über 60 Prozent noch höher aus. Weitere Messwerte liegen lediglich für die beiden jüngsten Wahlen 2001 und 2004 vor, wo mit über 78 Prozent noch mehr Befragte einen dominanten Einfluss der Landespolitik angaben. Das gestiegene Niveau ist dabei nur zum Teil auf methodische Aspekte zurückzuführen.⁹ Aufgrund der deutlichen Differenz kann von einer gestiegenen Bedeutung der Landespolitik seit den 1980er Wahlen ausgegangen werden.

An dieser Stelle ist zu fragen, inwiefern die Bürger die Entscheidungsfaktoren für ihre Wahl richtig einzuschätzen wissen. So ist es durchaus denkbar, dass sie angeben, sich aus landespolitischen Gründen für eine Partei entschieden zu haben, weil sie dies für die erwünschte Antwort halten. Hier sollen daher die Ergebnisse einer statistischen Analyse¹⁰ dargestellt werden, in der bundes- und landespolitische Faktoren parallel auf ihre Bedeutung für das Wahlverhalten zugunsten der beiden Volksparteien (CDU und SPD) überprüft werden. Das zugrunde liegende Modell kann für die Wahlen zwischen 1991 und 2004 berechnet werden und umfasst neben der klassischen Determinantrias des sozial-psychologischen Modells (Parteiidentifikation, Sachkompetenzen, Kandidateneigenschaften) die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung als bundespolitische Einflussvariable. Es erreicht für die Bürgerschaftswahl 1991 seine höchste Erklärungskraft (70 Prozent erklärte Varianz), während beim darauf folgenden Urnengang 1993 mit 53 Prozent der geringste Anteil erklärt werden kann. Aufgrund dieser vergleichsweise guten Modellanpassung können die verwendeten Variablen als geeignete Konstrukte zur Untersuchung des Wählerverhaltens angesehen werden. Aufschlussreicher als die Gesamterklärungskraft ist jedoch die Betrachtung der relativen Erklärungsstärken der einzelnen Determinanten über den Analysezeitraum hinweg.

9 Zum einen wurde ab 1991 von mündlicher auf telefonische Befragung umgestellt. Zum anderen wurde bei der Frage nach der Bedeutung der beiden Ebenen ab 2001 keine Kategorie „beides gleich wichtig“ mehr vorgegeben, sondern eine Festlegung auf „Bund“ oder „Land“ verlangt.

10 Die hier kommentierten und tabellarisch nicht ausgewiesenen Befunde sind zu finden in Roland Abold, Hafen City oder Hartz IV?, in: Kerstin Völlk / Kai-Uwe Schnapp / Oscar W. Gabriel / Everhard Holtmann (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2007 (i.E.).

Hier verliert die Parteiidentifikation, zunächst noch stärkster Faktor, bis 2004 deutlich an Bedeutung. Parallel nimmt die Rolle der Sachthemen in den Wählerkalkülen der Bürger zu. Dieses Ergebnis kann als empirischer Beleg gewertet werden, dass die Wichtigkeit landespezifischer Faktoren für die individuelle Parteidwahl wächst. Für die Kandidatenbewertung ist dagegen zwischen 1991 und 2004 kein eindeutiger Trend zu beobachten. Die generell eher moderate Bedeutung dieses Faktors schwankt von Wahl zu Wahl und übt 2001 sogar einmalig keinen statistisch bedeutsamen Effekt auf die Parteidwahl aus.

Für das Zustandekommen dieser Schwankungen scheint offenbar vor allem die Wirkung wahlsspezifischer Faktoren (wie die Popularität bestimmter Kandidaten) ausschlaggebend zu sein. Ein Beleg dafür ist der vergleichsweise starke Kandidateneffekt bei der Wahl 2004, deren Ausgang zumeist auf den ungleich beliebteren Spitzenkandidaten der CDU zurückgeführt wird.¹¹ Ein statistisch nicht relevanter Einfluss der Kandidaten von CDU und SPD zeigt sich entsprechend bei der Bürgerschaftswahl 2001, wo vor allem das Thema „Innere Sicherheit“ und der in der Analyse nicht berücksichtigte Spitzenkandidat der „Partei rechtsstaatlicher Offensive“ Schill im Mittelpunkt standen.

Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung als direkte Einflussquelle der Bundespolitik hat im Modell kaum einen eigenständigen Effekt auf das Wahlverhalten. Lediglich für die erste und die beiden letzten der betrachteten Wahlen ist ein schwacher statistisch signifikanter Einfluss vorhanden. Aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Stärke ist eine Interpretation dieser Wirkungen eher schwierig. Es ist jedoch durchaus denkbar, dass mit dem beschriebenen Rückgang des Einflusses der Parteidentifikation performanz- und damit letztlich sachbasierte Einflüsse der Bundesebene an Bedeutung gewinnen.

Aufschlussreich ist die Tatsache, dass die Richtung des Einflusses der Bundespolitik zwischen 1991 und 2001/2004 wechselt. Dies spiegelt die veränderten politischen Rahmenbedingungen im Bund wider, da im Vorfeld der Wahl 2001 erstmals seit 1982 eine SPD geführte Bundesregierung im Amt war. Diese Effekte lassen sich genauer untersuchen, indem die Befragten wiederum nach ihren parteipolitischen Präferenzen aufgeteilt werden.¹²

Für die Teilgruppen bringt die Analyse eine zum Teil stark unterschiedliche Bedeutung der Faktoren zu Tage (tabellarisch nicht ausgewiesen). Für deren Erklärung spielt die präferierte Partei in Bund und Land eine wichtige Rolle. So ergibt sich für Wähler, deren Partei vor der betreffenden Wahl in der Bundes- und Landesregierung vertreten ist, eine große Wirkung landespolitischer Sachfragen bei einem gleichzeitigen direkten positiven Effekt der Bewertung der Bundesregierung (beispielsweise für die SPD-Anhänger bei der Wahl 2001). Auch für diejenigen Wähler, deren Partei nur auf Bundesebene mitregiert, im Land jedoch Oppositionsarbeit leistet, lässt sich ein ähnlicher Zusammenhang feststellen. Auch für ihre Wahlentscheidung sind Sachfragen am wichtigsten, während die Wirkung der Kandidatenbewertungen je nach Fall sehr stark schwankt. Wiederum zeigt sich ein signifikanter, wenn auch teilweise schwacher Effekt der bundespolitischen Ebene.

Im Gegensatz dazu übt diese Ebene bei den Anhängern der Oppositionsparteien im Bund kaum einen direkten Einfluss auf die Wahlentscheidungen aus. Für diese Befragten ist die Bewertung der Bundesregierung statistisch kaum signifikant, während landespo-

11 Vgl. Patrick Horst, a.a.O.

12 Die Variable Parteidentifikation wird dabei als Gruppenvariable verwendet und im Modell nicht mehr als Erklärungsfaktor verwendet.

litische Faktoren das Wahlverhalten dominieren. Für Bürger, deren Partei in Bund und Land die Opposition stellt, werden Wahlentscheidungen sehr stark von aktuellen landespolitischen Sachthemen geprägt. Auch der für alle Befragten beobachtete Anstieg der Bedeutung von Sachkompetenz fällt für diese beiden Gruppen besonders stark aus; bundespolitische Faktoren spielen hingegen keine Rolle.

4. Fazit: wenn überhaupt, dann Rückenwind vom Bund

- (1) Die Parteibindungen sowie die landespolitischen Orientierungen der Hamburger Wähler waren seit 1978 deutlich zugunsten der SPD ausgeprägt. Mit dem Mehrheitsverlust der Sozialdemokraten 2001 hat sich dieses Bild zugunsten der CDU verändert.
- (2) Über die Jahre nimmt die Bedeutung landespolitischer Themen und Personen zu, während langfristige Parteibindungen an Wichtigkeit verlieren.
- (3) Der Einfluss der Bundespolitik auf das Verhalten bei Hamburger Bürgerschaftswahlen erweist sich als relativ gering. Dieser Befund geht konform mit den Einschätzungen der Wähler, die die Gründe für ihre Wahlentscheidungen ebenfalls dominant auf der Landesebene sehen.
- (4) Parteibindungen fungieren als Filter für einen Einfluss der Bundespolitik auf das Wahlverhalten. Nur in den Fällen, in denen die präferierte Partei auf Bundesebene an der Regierung beteiligt ist, schlägt deren Bewertung auf das Wahlverhalten durch. Erfolge aufgrund bundespolitischer Rückenwindes sind damit bei Hamburger Bürgerschaftswahlen wahrscheinlicher als der umgekehrte Fall einer negativen Stimmungsbeeinflussung.

Berliner Abgeordnetenhauswahlen 1979 bis 2001: keine Testwahlen für die Bundesebene*

Thomas Gschwend

Kommentatoren schlüpfen bei der Bewertung von Landtagswahlen gern in die Rolle politischer Meteorologen und sprechen über „fehlenden Rückenwind“ oder „Gegenwind“ von der Bundesebene. Diese Aussage stützt sich in der Regel allerdings auf Vermutungen über die Wirkung bundespolitischer Einflüsse auf den Wählerentscheid bei Landtagswahlen, aber nicht auf eine systematische quantitative Analyse der vorhandenen Umfragendaten. In diesem Beitrag wird für das Bundesland Berlin versucht, diese Forschungslücke zu schlie-

* Für hilfreiche Kommentare möchte ich mich ganz herzlich bei Marian Bohl, Oscar W. Gabriel, Kai-Uwe Schnapp, Suzanne S. Schüttemeyer und Kerstin Völk bedanken.